

NEUDRUCK

Antrag

der CDU-Fraktion

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg - Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie aktiv begleiten

Der Landtag stellt fest:

Um den Prozess der nachhaltigen Entwicklung im Land Brandenburg zu initiieren und den Weg für eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes zu bereiten, haben Landtag und Landesregierung bereits in den vergangenen Jahren grundlegende Entscheidungen getroffen. So wurde beispielsweise der Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz in der 4. Wahlperiode berufen, der am Ende seiner Beru- fungsperiode fachübergreifende Empfehlungen für eine Nachhaltigkeitsstrategie gab und Grundzüge einer Landesnachhaltigkeitsstrategie skizzierte.

Auch der Landtag Brandenburg hat sich zu Beginn der 5. Wahlperiode in den Nach- haltigkeitsprozess eingebracht und die Neuberufung des Beirates für Nachhaltige Entwicklung durch die Landesregierung beschlossen, welcher sich daraufhin am 15.04.2010 konstituierte. Dieser hatte die Aufgabe, die Landesregierung bei der Er- arbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie zu beraten und den notwendigen gesell- schaftlichen Dialog unter Einbeziehung von Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesell- schaft, Politik und Verwaltung zu unterstützen. Auf der Grundlage der Empfehlungen für die Landesnachhaltigkeitsstrategie des Beirats für Nachhaltige Entwicklung und den Ergebnissen der durchgeführten Dialogprozesse mit Dialogforen, Workshops und einem Jugendforum hat die Landesregierung am 29.04.2014 die Nachhaltig- keitsstrategie für Brandenburg beschlossen. Damit ist eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung in Brandenburg gelegt.

Die Aufgabe der nächsten Jahre liegt nunmehr darin, den Nachhaltigkeitsprozess im Land Brandenburg in seiner Gesamtheit zusammenzufassen, die verschiedenen Ak- teure miteinander zu vernetzen und nachhaltige Politik in die Gesellschaft zu kom- munizieren und umzusetzen. Hierfür müssen geeignete Rahmenbedingungen ge- schaffen werden, um den nachhaltigkeitsorientierten und langfristig angelegten Pro- zess auch während der 6. Wahlperiode des Landtages Brandenburg fortzusetzen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Prozess der nachhaltigen Entwicklung im Land Brandenburg fortzusetzen und sich weiterhin aktiv in den dialogorientierten und partizipativen Prozess der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg einzubringen. Insbesondere bei der Umsetzung sollte die Landesregierung eine Vorbildfunktion übernehmen. Der Landtag regt an, für die Dauer dieser Wahlperiode erneut einen unabhängigen wissenschaftlichen Beirat für Nachhaltige Entwicklung durch die Landesregierung zu berufen.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- zu prüfen, ob die Koordination und Steuerung des Nachhaltigkeitsprozesses sowie die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg künftig durch die Staatskanzlei erfolgen kann, um die politischen Abstimmungsprozesse perspektivisch zu erleichtern. Bei einem positiven Prüfergebnis regt der Landtag Brandenburg an, dass die Staatskanzlei umgehend die federführende Steuerung des Nachhaltigkeitsprozesses und die koordinierende Rolle in der Interministeriellen Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit übernimmt.
- die Einführung eines Demografie- und Nachhaltigkeitschecks unter der Beachtung der Erfahrungen anderer Bundesländer sowie des Bundes perspektivisch vorzubereiten, um die Wirkungen und Folgen von Rechtssetzungsvorhaben sowie im Rahmen der Erarbeitung und Aktualisierung von Programmen und Plänen der Landesregierung vorab zu überprüfen. In diesem Zusammenhang regt der Landtag Brandenburg überdies an, dass auch Beschlüsse der Landesregierung einem Demografie- und Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden sollten. Vor der Einführung und Anwendung eines Demografie- und Nachhaltigkeitschecks sind die Ausschüsse des Landtages Brandenburg schriftlich zu informieren, um über die Einzelheiten des Checks ausführlich beraten zu können.
- die Nachhaltigkeitsstrategie mit messbaren Zielen anhand geeigneter Indikatoren zu untersetzen,
- in Kooperation mit dem Nachhaltigkeitsbeirat die Einrichtung einer Agentur für Nachhaltigkeit bzw. eines Nachhaltigkeitszentrums zu prüfen und dem Hauptausschuss des Landtages im II. Quartal 2015 das Prüfergebnis vorzulegen,
- unter dem Vorsitz der Landesregierung jährlich eine Nachhaltigkeitskonferenz durchzuführen, um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg zu erörtern und im offenen Dialog mit den Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zu diskutieren, und
- dem Landtag jährlich einen schriftlichen Bericht zum Stand der Umsetzung und gegebenenfalls zum Anpassungsbedarf der Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg vorzulegen.

Es ist ferner zu prüfen, auf welche Weise Erfahrungen erfolgreich umgesetzter Initiativen im Land auch für andere brandenburgische Regionen so dargestellt werden können, dass man sie für gleich gelagerte Projekte, z.B. mit einem Handlungsleitfaden, nutzbar machen kann.

Begründung:

Die Umsetzung einer nachhaltigen Politik für Brandenburg und die von der Landesregierung im April 2014 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie stellen einen perma-

nenen Prozess dar, der sich nicht an Legislaturperioden orientiert. Um diesen Prozess fortzusetzen, sollte deshalb für die Dauer der 6. Wahlperiode des Landtages Brandenburg erneut ein Nachhaltigkeitsbeirat durch die Landesregierung berufen werden.

Überdies sieht der Landtag Brandenburg die Notwendigkeit nach Optimierungen. So sollte z.B. der gesamte Nachhaltigkeitsprozess von der Staatskanzlei koordiniert und gesteuert werden, um dem Querschnittcharakter der Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen. Des Weiteren soll der Dialogprozess im Rahmen einer jährlich durchzuführenden Nachhaltigkeitskonferenz fortgeführt werden, um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu erörtern und notwendigen Anpassungsbedarf aufzuzeigen. Wichtig für den gesamten Nachhaltigkeitsprozess im Land Brandenburg ist der offene Dialog und Austausch, der von der Landesregierung aktiv geführt werden sollte.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN